

Mein neuer Gastbeitrag in der "Berliner Zeitung":

<https://www.facebook.com/ingar.solty> , 10.2.2025, 10:31

Worum es bei der Asyl-Abstimmung im Bundestag und den "Demos gegen rechts" in Wahrheit ging und nun im Wahlkampf geht. Und welche Konsequenzen dieses Schmierentheater für die künftige [#Merz](#)-[#Habeck](#)-Regierung und die Entwicklung Deutschlands haben wird.

"(...) Man muss die Bundestag-Abstimmungen der letzten Woche nun als den Versuch eines riskanten Befreiungsschlags verstehen. Zunächst scheint [Friedrich Merz](#) vom Bedürfnis getrieben gewesen zu sein, die Initiative zu übernehmen, um sich in der Migrationsfrage nicht länger von der AfD und den von ihr für ihr Ziel von Massendepортationen instrumentalisierten Amokläufern treiben zu lassen. Der ehemalige Lobbyist von Blackrock, des größten Kapitalfonds der Welt, suchte sich als Alpha-Männchen, als „Strongman“ zu inszenieren und steht gerade deshalb, angesichts seines mangelnden Gespürs für die Situation, als ungeeignet fürs Kanzleramt da.

Es geht aber um mehr. Solange sich die Union aus historischer Verantwortung weigert, mit der als in Teilen „gesichert rechtsextrem“ und verfassungsfeindlich geltenden AfD zu koalieren, solange sie also die „Brandmauer“ aufrechterhält, macht der Aufstieg der Rechtsaußenpartei Mehrheiten der Union ohne SPD und Grüne unmöglich. Die Union versucht darum, den Preis für gemeinsame Koalitionen mit der SPD und den Grünen hochzutreiben, indem sie sich zu ihrer Rechten Erpressungspotenzial schafft – nach dem Motto: Wir können auch mit der extremen Rechten, können auch diese entsprechenden Mehrheiten nutzen, zukünftig womöglich sogar koalieren.

In der CDU fordern der Merz-Berater Andreas Rödder und seine „denkfabrik R21“ schon seit 2021 eine Offenheit für eine „neue bürgerliche Politik“, die die AfD perspektivisch als Bündnispartner für eine „Agenda 2030“ sieht, die – bei konsequentem Transatlantizismus – die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Industriekapitals auf dem Rücken der Beschäftigten und mithilfe einer offen angestrebten Vertiefung der sozialen Ungleichheit aufrechterhalten will. Rödder setzt dabei auf Alice [#Weidel](#) und den marktradikalen Flügel der AfD. Bei Caren Miosga hat die AfD-Parteichefin die marktradikale Orientierung – Steuersenkungen für Konzerne und Superreiche, radikale Sozialkürzungen, Schleifung von Arbeiterrechten usw. – offen ausgesprochen, ermutigt vielleicht auch durch die jüngsten Wahlsiege dieser Positionen in den USA (Donald [#Trump](#) und Elon Musk) und auch in Argentinien (Javier Milei).

Für die Öffnung nach rechtsaußen stehen auch der CDU-Bundesgeschäftsführer Carsten Linnemann, der bei einer Wahlkampfrede in Paderborn forderte, das „Nazi-Bashing gegen die [AfD] und das Brandmauergerede müssen aufhören“, und Ex-Gesundheitsminister Jens Spahn, der das Spiel über die Bande der Außenpolitik spielt, als er betonte, dass in Europa die „Brandmauer“ jenseits der „Post-Faschistin“ Georgia Meloni verlaufe und er im letzten Sommer zum Republikaner-Parteitag nach Milwaukee fuhr und die Nähe zu Donald Trump suchte.

Die „Brandmauer“ gegen die AfD wird faktisch schon seit einer Weile aufgeweicht. Auf der kommunalen Ebene arbeiten CDU und AfD schon längst recht eng zusammen. Zwischen 2019 und 2025 hat es, wie eine Studie von Steven Hummel und [Anika Taschke](#) von der Linkspartei-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung zeigt, nachweislich 121 solcher kommunalen Kooperationen gegeben. Im Sommerinterview im Zweiten Deutschen Fernsehen stellte der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz die „Brandmauer“ dann erstmalig selbst infrage. Auch gab es in Thüringen, wo die AfD von einem waschechten Faschisten, von Björn Höcke angeführt wird, gemeinsame Abstimmungen der

beiden Parteien. Rödder und Linnemann betonen, dass die „Ausgrenzung“ der AfD nur dazu führe, sie stärker zu machen, und setzen darauf, dass eine Zusammenarbeit und Machtbeteiligung eine Entzauberung und Entradikalisierung der AfD zur Folge haben würde. Österreich, in dieser Frage angesichts der Stärke der rechtsautoritären Nationalisten schon immer Vorreiter, hat dies 2017 mit der „schwarzblauen“ Koalition vorgemacht. Auch die österreichischen Konservativen behaupteten damals, dass Regierungsverantwortung die extreme Rechte entzaubern und kleinhalten würde. Faktisch sind sie, wie es aussieht, künftig ihr Juniorpartner.

Merz ließ nun im Nachgang der gemeinsamen Abstimmung verlauten, dass man sich nicht mit der AfD abgesprochen habe. Außerdem hätten doch SPD und Grüne den Anträgen zustimmen können, dann wären die Stimmen der AfD, die im Vorfeld eine Kampagne über „Brandmauertote“ losgetreten hatte, nicht ins Gewicht gefallen. Aber die Inkaufnahme feixender AfD-Abgeordneter gehört dazu. Die Normalisierung der AfD scheint nicht aufzuhalten.

Gegen das Niederreißen der „Brandmauer“ richten sich nun die bundesweiten Großdemonstrationen, zu denen der Grünen-nahe Kampagnenapparat „Campact“ unter dem Motto „Aufstand der Anständigen. Wir sind die Brandmauer!“ aufgerufen hatte. Was aber nach größtmöglicher Differenz zu Friedrich Merz, der CDU und der AfD nach außen getragen und auf der Vorderbühne inszeniert wird, löst beim Blick auf die Hinterbühne Irritationen aus oder wirft Fragezeichen auf.

Die immer noch regierenden [#SPD](#) und Bündnis 90/Die [#grünen](#) versuchen die Rechtsabbiegung der Union für Stimmengewinne zu nutzen und zugleich den Versuch der [#CDU](#), sich aus der babylonischen Gefangenschaft zu lösen, zu sanktionieren. Sie tun dies mit maximaler Heuchelei, denn während sie die Brandmauer als rhetorisches Machtmittel aus machttaktischen Gründen gegen die CDU aufrechterhalten, haben sie in ihren Taten längst wesentliche AfD-Forderungen umgesetzt. Die [#AfD](#) kann sich sicher sein: Rechts wirkt, regieren aus der Opposition.

So reagieren seit langem mit Ausnahme der Partei Die [#Linke](#) alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien auf den Aufstieg der AfD mit einer tendenziellen Imitation ihrer Positionen und setzen sich für schärfere Asyl- und Migrationsregeln und Massenabschiebungen ein. Im Oktober 2023 suchte sich etwa Bundeskanzler Olaf [#Scholz](#) in diese Richtung zu profilieren, als er im SPIEGEL unter der markigen Parole „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben!“ eine „neue Härte“ in der Migrationspolitik forderte, bloß um sich wenige Wochen später angesichts der „Enthüllung“ des von der AfD ganz offen ausgearbeiteten und auf Wahlplakaten geforderten „Geheimplans“ (SPIEGEL) für die „Große [#Remigration](#)“ nebst Außenministerin Annalena [#Baerbock](#) in Potsdam an die Spitze der „Anständigen“ bei den „Demonstrationen gegen rechts“ zu stellen. Auch skandalisierte die Partei des Kanzlers, dass die AfD für ihren Plan eines mit „wohltemperierter Gewalt“ durchzuführenden „Aderlass“ von Migrantinnen und Oppositionellen – man werde „mit 20-30% weniger in Deutschland leben können“, betonte Björn [#Höcke](#) sein Ziel der Vertreibung von rund 17-25 Millionen Menschen – die doppelte Staatsbürgerschaft als Mittel der Ausbürgerung nutzen wolle, während sie selbst die doppelte Staatsbürgerschaft noch zehn Jahre rückwirkend allen entziehen will, die sich nicht auf den Boden der proisraelischen Staatsräson stellen.

Auch heute inszenieren sich SPD und Grüne als die Anständigen, als die stärkste Brandmauer zum Geist der AfD. „Niemals mit der extremen Rechten. Wir halten dagegen“, schrieb Bundeskanzler und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf der Elon Musk-Plattform „X“. „Mit dieser Botschaft von hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern überall im Land“ sei er „sehr einverstanden.“ Sie gelte „auch für mich.“ Habeck wiederum echauffierte sich auf einer zum Wahlwerbevideo umgestalteten

Wahlkampfveranstaltung, dass Friedrich Merz aus dem, „was im Bundestag passiert“ sei, danach eine „Comedy-Show“ gemacht habe. Es sei aber nicht „witzig, sondern ein Bruch mit der historischen Kontinuität dieses Landes.“ Konservativ sein heiÙe doch, so der Kanzlerkandidat der Grünen in einem anderen Werbevideo, „man hält sein Wort, das gegebene Wort wird nicht gebrochen.“ Alle „groÙen Kanzler und die Kanzlerin“ der CDU hätten gewusst, „was sich gehört.“ Merz habe das „schmählich verraten“. Das müssten jetzt „die Wählerinnen und Wähler“ korrigieren, die „an die konservative Kraft glauben“, sie müssten einen „Denkzettel erteilen“, weil die Union „so irrlchternd“ sei, dass sie diese „Tradition der CDU und der CSU so ruiniert“ habe. „Jetzt“ gehe es darum, so Habeck in einem weiteren, auf einer Wahlkampfveranstaltung zu Werbezwecken erstellten Video, den „Konsens der Demokraten wiederherzustellen“, „jetzt“ sei der Moment, in dem „sich alles verändern“ werde.

Die auf Bühnen und in sozialen Medien zur Schau gestellte Empörung über den historischen Tabubruch von Merz steht indes in merklichem Gegensatz zur Entwicklung hinter den Kulissen. Inhaltlich wenden sich die SPD und ihr Koalitionspartner in der Bundesregierung Bündnis 90/Die Grünen gegen die von der Merz-CDU vorgeschlagenen Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Europas, d.h. gegen die Aussetzung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Die Anrufung des europäischen Geistes aber wird konterkariert durch die Tatsache, dass SPD und Grüne zusammen mit ihrem Koalitionspartner FDP im April vergangenen Jahres das „Gemeinsame Europäische Asylsystem“ (GEAS) dahingehend verschärft haben, dass es realiter dieselbe Wirkung hat wie die von Merz vorgeschlagene Gesetzgebung. Denn das mit Mauern, Zäunen und systematischer Überwachung ausgestattete GEAS verweigert faktisch schon heute allen vor Krieg oder Armut fliehenden Menschen das Asylrecht, indem es sie mit tödlichen „Pushbacks“ durch beauftragte nordafrikanische Staaten, unterlassene Hilfeleistung im Mittelmeer, Internierungslager für Kinder und Familien, Abschiebeabkommen mit Ländern, die keinen Schutz gewähren, aber als sichere Drittstaaten gelten, Asylschnellverfahren an den EU-Außengrenzen, usw. daran hindert, europäischen Boden zu erreichen und jemals einen Asylantrag überhaupt nur zu stellen. Im neuen 10-Punkte-Plan für Migration fordern die Grünen dazu eine noch schärfere Überwachung dieser zum Zweck der Flüchtlingsabwehr geschaffenen EU-Außengrenzbefestigung. Es war ein Moment von besonderer Ehrlichkeit, als die Außenministerin Annalena Baerbock, die für sich eine wertegeleitete Außenpolitik in Anspruch nimmt, in ihrer Rede im Bundestag in etwas holprigem Deutsch an Friedrich Merz adressiert sagte: „Sagen Sie mir mal, was Sie ganz genau eigentlich wollen mit der Abriegelung der Außengrenze (...), was GEAS nicht leistet?“ Das stehe doch „auch in Ihrem Gesetzentwurf drin.“

Dass aber nicht die Inhalte den Grad des An- óder Unanständigen definieren, sondern die Form, das drückte der grüne Kanzlerkandidat Robert Habeck aus, als er betonte: Eine breite Sicherheitsoffensive müsse „unter Demokraten verhandelt werden – nicht mit Rechtsextremisten“. Die Inhalte mögen also dieselben sein, aber es soll nicht der Ruch des Rechtsextremistischen, des Faschistischen daran haften.

Baerbocks und Habecks Haltung, man könne die gleichen Abschottungsziele doch auch mit den Grünen erreichen, es bedürfte dafür doch gar nicht der Stimmen der Rechtsextremen, konnte von Merz genüsslich gegen Grüne und SPD gerichtet werden: Warum sie denn dann nicht zugestimmt hätten? Ebenso konnte Merz abwiegeln ankündigen, dass man sich „nach der Wahl (...) auf diese Themen, die in unserem Gesetzesentwurf vorhanden waren, einigen“ werde, „zumal sie im Wahlprogramm der SPD stehen“.

Für eine Koalition mit dem rechten CDU-Haudegen Merz stehen Habeck und die Grünen trotzdem Gewehr bei Fuß. Während die Grünen mit ihren Spendengeldern aus der Industrie neuerdings die sozialen Medien mit Wahlwerbung zupflastern, in der sie sich als Merz' schärfste Gegner und Kritiker inszenieren („Wort statt Wortbruch. Habeck statt Merz. Ein Mensch. Ein Wort.“), wird hinter den Kulissen ein ganz anderes Spiel gespielt.

Auf der Hinterbühne wird, weil es für eine CDU-AfD-Koalition noch zu früh und sie erst 2029 zu erwarten ist, bei SPD und Grünen längst eine Koalitionsregierung mit Friedrich Merz und der CDU vorbereitet. Nicht nur, dass Habeck und führende Parteivertreter wie die Bundesparteivorsitzende und Habeck-Vertraute Franziska Brandtner betonten, man stehe selbstverständlich weiter für eine Koalition mit Merz bereit. Seine „Hand für Gespräche“, sagte Habeck, „war und ist ausgestreckt.“ Am Vorabend der Abstimmung, in der der Vorwurf laut wurde, Merz betätige sich historisch unverantwortlich als Steigbügelhalter der Faschisten, trafen sich nach Berichten des „Stern“ die grünen Spitzenpolitiker Baerbock, Cem Özdemir und Katrin Göring-Eckardt in der Wohnung des früheren CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet mit Merz und Spahn, also den zentralen Akteuren für eine Öffnung der CDU/CSU für die AfD.

Dass hier die SPD nicht eingeladen war, zeigt auch, wie nah sich Grüne und CDU als bürgerliche Parteien sind und dass die Grünen sich, im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die immer noch gewisse Rücksichten auf die IG Metall und die Beschäftigten nehmen muss, sehr viel besser für eine „Agenda 2030“ eignen werden, zumal wenn Merz, wie er es getan hat, seine Bereitschaft erklärt, für etwas Industrieförderung und vor allem die massive Aufrüstung – Habeck stellte Donald Trump und den USA 3,5 Prozent des BIP an Rüstungsausgaben in Aussicht – die Schuldenbremse zu lockern.

Wenn also die diejenigen, die sich auf der Vorderbühne als die wüstesten und unversöhnlichen Gegner konfrontieren, auf der Hinterbühne paktieren, wenn Worte wichtiger sind als Taten, dann hat man es mit einem Schmierentheater zu tun. Betroffen sind sie am Ende alle. Denn nicht nur die Grünen haben die Praxis perfektioniert, öffentlich Bauchschmerzen zu zelebrieren und die Stirn in Falten zu legen: Diese oder jene Entscheidung sei ihnen „wirklich schwer gefallen.“ Am Ende zeigte sich auch Friedrich Merz von Friedrich Merz betroffen. Dem Redaktionsnetzwerk Deutschland sagte er: „Angela Merkel drückt ein Unbehagen aus, das von vielen – auch von mir – geteilt wird.““

<https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/gruene-und-afd-sind-einander-sehr-aehnlich-auch-wenn-sie-das-nicht-hoeren-wollen-li.2293416>

zitiert aus: <https://www.facebook.com/ingar.solty>